

Call for Papers Governance von Bildung.

Soziale Konstruktion von Bildungswirklichkeiten in Schule, Berufsbildung, Hochschule und Erwachsenenbildung

Kongress, organisiert von den Sektionen Bildungssoziologie der schweizerischen, deutschen und österreichischen Gesellschaften für Soziologie (SGS, DGS, ÖGS) und dem Leading House on Governance in Vocational and Professional Education and Training (GOVPET)

Freitag/Samstag, 10./11. November 2017

Tagungsort

Professur für Bildungssoziologie, Pädagogische Hochschule Nordwestschweiz Basel
und Institut für Bildungswissenschaften, Universität Basel

Key Notes: Prof. Dr. Heinz-Dieter Meyer, New York¹ und Prof. Dr. Thomas Brüsemeister, Gießen²

Die Soziologie im deutschsprachigen Raum hat sich bislang wenig mit dem Phänomen der Governance im Bildungsbereich befasst und dieses Forschungsfeld wesentlich den Erziehungs- und Politikwissenschaften überlassen. Die Tagung setzt sich zum einen das Ziel, das Potenzial der Soziologie für die Erforschung von Educational Governance zu bestimmen und den erziehungswissenschaftlichen Ansatz der Educational Governance einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Zum anderen soll die bisherige, auf die Mesoebene organisationaler Prozesse und Strukturen sowie institutioneller Arrangements ausgerichtete Forschungsperspektive auf Governance in Schule, Berufsbildung, Hochschule und Weiterbildung zweifach erweitert werden: um Analysen zur Steuerung des individuellen Bildungsverlaufs auf der Mikroebene durch den Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Individuen, sowie um den Stellenwert von Bildungssystemen als machtvolleres Dispositiv für die Reproduktion und Transformation gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse auf der Makroebene.

In the German-speaking countries, sociological research has to date given little attention to the topic of educational governance, which, however, is more prominent in political science and education science. The conference aims to identify the potential of a sociological approach to educational governance and to review critically the approach to educational governance in education science. Furthermore, the conference aims to extend research on the governance of schools, vocational education and training, higher education, and further education – as this research has up to now mainly focused on the meso level of organizational processes and structures as well as institutional arrangements. First, at the micro level, it is important to consider also how individual educational decisions condition educational pathways. Second, at the macro level, it is crucial to take into account the significance of educational systems as a key setting for the reproduction and the transformation of social power structures and inequalities.

¹ <https://albany.academia.edu/heinzdietermeyer>

² <https://www.uni-giessen.de/fbz/fb03/institute/ifs/prof/sozbil/teamalle/bruesem>

Einleitung³

Bildung hat sich über die letzten zwei Jahrhunderte hinweg weltweit als öffentliches Gut etabliert, dessen Produktion und Verteilung im Rahmen eines funktional und hierarchisch komplexen, in den Nationalstaat eingebetteten Systems erfolgt, das – zumindest im Bereich der obligatorischen Bildung – (noch) weitgehend aus öffentlichen Mitteln gespeist wird.

Parallel zur Entwicklung des Systems und seiner Organisationen wurden Formen ihrer Kontrolle, Steuerung und Legitimation entwickelt, die gerade in jüngerer Zeit einem signifikanten institutionellen Wandel unterworfen sind. In Bezug sowohl auf die Lenkung der einzelnen Bildungsorganisation wie auch auf die Steuerung ganzer Bildungssysteme sind neue ‚Philosophien‘ und Modellvorstellungen wie auch neue Instrumente und Verfahren neben die hergebrachten Strukturen und Prozeduren getreten und haben diese zum Teil auch bereits verdrängt. Zu beobachten ist etwa ein genereller Trend dahingehend, starre bürokratische Dispositive zugunsten dezentraler Steuerung aufzuweichen und den autonomen Beitrag der jeweiligen Akteure nicht nur in Rechnung zu stellen sondern ihn auch zu valorisieren.

Aus disziplinärer Perspektive rufen Phänomene dieser Art nach einer Überprüfung bestehender Begrifflichkeiten, Theorien und Modelle und gegebenen Falles nach einer Anpassung des disziplinären Instrumentariums zu ihrer Beschreibung und Erklärung. So beschäftigen sich Disziplinen wie die Politikwissenschaft beziehungsweise die Politische Soziologie seit einiger Zeit mit Transformationen der Governance, die in zahlreichen Politikfeldern zu beobachten sind und sich keineswegs auf den Bildungsbereich beschränken. Unter diesen Voraussetzungen mag es erstaunen, dass sich die deutschsprachige Bildungssoziologie – von einigen Ausnahmen abgesehen – bislang noch wenig mit dem ihr eigenen theoretischen Instrumentarium mit Phänomenen der Governance im Bildungsbereich befasst, sondern dieses Forschungsfeld wesentlich der Erziehungs- und Politikwissenschaft überlassen hat.

Der erziehungswissenschaftliche Ansatz der "Educational Governance"

Allgemein gesprochen zielt der erziehungswissenschaftliche Ansatz der Educational Governance darauf, das klassische Bürokratiemodell wie auch dessen Weiterentwicklung etwa durch systematische Berücksichtigung leistungsbezogener Kriterien (z.B. Leistungsmessungen à la PISA, Outputorientierung) mittels breiterer und zugleich offenerer Modellkonzeptionen zu überwinden, welche die Komplexität und Dynamik von Kontroll-, Steuerungs- und Legitimationsprozessen im Bildungsbereich adäquater abzubilden vermögen und dabei dem Entscheidungs- und Handlungsspielraum der beteiligten Akteure angemessen Rechnung tragen. Das Interesse entsprechender Forschung richtet sich dabei auf Formen der Entstehung, Aufrechterhaltung und Transformation sozialer Ordnungen im Bildungswesen. Vertreter des Educational Governance-Ansatzes monieren jedoch das Fehlen einer systematischen, auf Verstehen und Erklärung ausgerichteten Theorieentwicklung. Hier setzt die geplante Tagung an und setzt sich zum Ziel, das Potenzial soziologischer Zugänge auszuloten.

Der erziehungswissenschaftliche Ansatz der Educational Governance arbeitet mit einer Reihe soziologisch relevanter Annahmen, Konzepte und Parameter: Zentral fokussiert sind *individuelle, kollektive und korporative Akteure* (einzelne Funktionsträger, Interessengruppen und Organisationen), die strukturell in unterschiedlichen gesellschaftlichen und/oder auf verschiedenen Handlungsebenen (etwa der Wirtschaft, des politisch-administrativen Systems, der Zivilgesellschaft oder der Bildungsinstitution selbst) verankert sein können, entsprechend mit unterschiedlichen Interessen Einfluss auf die Gestalt des Bildungswesens und dessen Leistungserbringung zu nehmen suchen und je in einem bestimmten Grad über *Ressourcen* verfügen, die sie in situativ variierenden *Akteurkonstellationen* einsetzen können. In solchen Konstellationen sind sie in der Verfolgung ihrer Interessen wechselseitig voneinander abhängig. Die Vorstellung einer starren Hierarchie und

³ Aus pragmatischen Gründen wird im Folgenden auf Literaturverweise verzichtet.

Durchsetzung von Macht top-down wird verworfen zugunsten eines dynamischen und ergebnisoffenen, damit allerdings auch durch Mehrdeutigkeit und Unsicherheit geprägten Handlungskontextes.

Als grundlegende *Modi der Handlungskoordination* werden entsprechend *Beobachtung, Beeinflussung und Verhandlung* (und eben nicht Befehl und Weisung) angenommen. Aus dem Blickwinkel der Educational Governance-Forschung stellt sich unter diesen Voraussetzungen zentral die Frage, in welcher Weise die *Handlungskoordination* erfolgt und welche Folgen sie im jeweiligen gesellschaftlichen Bereich – im vorliegenden Fall dem Bildungswesen als Ganzen bzw. in seinen Teilsystemen und Organisationen – nach sich zieht. Von Interesse ist dabei zum einen das Zustandekommen wie auch der Wandel von Ordnung, von Konsens wie auch von Konflikt und neuen Problemstellungen. Von Interesse ist zum anderen jedoch auch die Verfestigung, d.h. Institutionalisierung von Formen der Handlungskoordination als *Governance Regimes*, die über Artefakte (Objekte; Technologien) wie auch über immaterielle Dispositive (Kognitionen, Regeln, Programme und Verfahren) stabilisiert werden. Auf dieser Analyseebene basiert Handlungskoordination nicht ausschließlich auf den Besonderheiten situativer Konstellationen, sondern ebenso auf historisch und sozial zu verortenden Deutungsangeboten, Rationalitätsmodellen sowie kollektiven Überzeugungen, Erwartungsstrukturen und materiellen Dispositiven, welche den Akteuren Orientierung und Rechtfertigungsgrundlagen bieten.

Gesellschaftliche Transformationen in der Governance von Bildung

Governance-Regimes können sich über die Zeit hinweg transformieren. In der Tat waren über die letzten Dekaden hinweg einige grundlegende Veränderungen zentraler Parameter zu verzeichnen: Sie betreffen zunächst die *Akteurskonstellationen*, das heißt die in ihnen verbundenen Akteure und deren relatives Gewicht. Auf institutioneller Ebene hat sich *Wissenschaft* neu einen festen Platz neben Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Profession gesichert und stetig an Gewicht zugelegt. Immer weniger Entwicklungen in Bildungsorganisationen oder ganzen Teilsystemen des Bildungswesens finden ohne die Mitwirkung von Fachleuten der empirischen Sozial- und Erziehungswissenschaften sowie Expertinnen/Experten für psychometrisches Testen, Evaluation oder wissenschaftsgestützte Planung statt. In Bezug auf die Kontrolle und Steuerung einzelner Organisationen des Bildungssystems sind *Gewichtsverschiebungen* zwischen Politik, Wirtschaft und Administration einerseits und organisationsexternen Akteuren (z.B. Hochschulräte) andererseits, aber auch Vorgänge wie die Schaffung neuer Rollen (z.B. Schulleitungen und wissenschaftsgestützte Organe der Schulevaluation, pädagogische Begleitung der Entwicklung von Berufsbildungscurricula) und der korrespondierende Bedeutungsverlust der Profession (Kollegium, Berufsverbände, akad. Selbstverwaltung) zu beobachten.

Zu konstatieren ist zweitens ein Wandel der *Erwartungsstrukturen* bezüglich Bildung, an denen sich Governance orientiert (u.a. efficiency; equity; diversity; permeability), wie auch der *Rationalitätsmodelle* (evidence based; Marktprinzip), auf die sich die Legitimation von Strukturen und Verfahren der Governance abstützt. Dabei zeigt sich, dass Wissenschaft nicht bloß in der Gestalt ihrer Vertreterinnen/Vertreter in Akteurskonstellationen Bedeutung erhalten hat, sondern wissenschaftliche Begründbarkeit zunehmend zu einer zentralen Legitimationsbasis bildungspolitischer Entscheide geworden ist – mit der Implikation, dass die Verfügung über wissenschaftliche Forschung und deren Ergebnisse auch zu einer Ressource werden kann bzw. geworden ist, die von außerwissenschaftlichen, namentlich politischen Akteuren im Prozess der Handlungskoordination ausgespielt werden kann.

Dabei ist – drittens – zu beachten, dass die oben genannten Verschiebungen nicht bloß in einzelnen westlichen Gesellschaften, sondern nachgerade *in Ländern aller Weltregionen* zu beobachten sind. Diese lösen sich – außer bei den ärmsten Ländern – zunehmend aus dem jeweiligen nationalen Kontext und werden im Rahmen ganzer Regionen (etwa der lateinamerikanischen Länder) oder auf globaler Ebene (etwa im PISA-Programm der OECD) inszeniert.

Schließlich verdeutlicht gerade das Beispiel von PISA, dass sich eine tendenzielle Verschiebung auch in Bezug auf die *Modi der Handlungskoordination* feststellen lässt. Sowohl PISA als auch die vergleichenden Statistiken von *Education at a Glance* sind im Kern ja ursprünglich als Instrumente zur Unterstützung wechselseitiger Beobachtung angelegt. Die medialen Praktiken der OECD wie auch die öffentliche Rezeption in den einzelnen Ländern haben jedoch dazu geführt, dass bestimmte Merkmale ‚erfolgreicher‘ Länder (Finnland für die Schulbildung, Deutschland und Schweiz für die Berufsbildung, USA für die Hochschulbildung) normativ zu optimalen Bedingungen von *best practice* umgedeutet wurden, womit die zunächst rein beschreibenden Daten de facto zu (zumindest symbolischen) Ressourcen in einem Prozess der Beeinflussung eingesetzt und die quantitativen Verfahren ihrer wissenschaftlichen Erzeugung erfolgreich zum Modell zeitgemäßer Governance emporstilisiert werden können. Analog dazu ist der Fall der Europäischen Union zu erwähnen, die mittels des ‚Mechanismus wechselseitiger Beobachtung‘ recht wirkungsvoll die Entwicklung des ‚governing by numbers‘ vorantreibt.

Soziologische Erweiterungen der Perspektive auf die Governance von Bildung

Insgesamt fokussiert der Forschungsansatz der Educational Governance auf die Mesoebene organisationaler Prozesse und Strukturen sowie institutioneller Arrangements, in deren Zusammenhang Bildungsprozesse stattfinden. Eher ausgeblendet werden dabei zwei Komplexe, deren Beschreibung andere Begriffe und Modelle des Zusammenhangs von Bildung und Steuerung erfordert. Es handelt sich zum einen um die *Steuerung des individuellen Bildungsverlaufs auf der Mikroebene* und die damit einhergehende Rückkoppelung in die Institutionen. Der individuelle Bildungsverlauf ist zwar sehr wohl durch die Art der Institutionalisierung von Bildung präformiert. Der Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Individuen, ja gar die Aufforderung zur autonomen, selbstgesteuerten Gestaltung des eigenen Bildungswegs hat über die vergangenen Jahrzehnte hinweg stetig zugenommen, wie sich nicht zuletzt am Diskurs zum Lebenslangen Lernen ablesen lässt. Bildungsinstitutionen richten in der Folge ihre Strukturen vermehrt auf die Nutzer/innen von Bildung aus bzw. Bildungsnutzer/innen beeinflussen – vermittelt über ihre Entscheidungen und Erwartungen – Bildungsinstitutionen.

Beim zweiten Komplex geht es um die *Makroebene*, genauer um den *Stellenwert von Bildung für die Reproduktion und Transformation gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse*, mithin um Governance im Sinne von *gouvernementalité*. Während im Educational Governance-Ansatz Lernen und Bildung in der Regel als abgeleitete Größen mehr mitgedacht als explizit einbezogen werden, fungiert das Erziehungs- und Bildungssystem der Gesellschaft in makrosozialer Betrachtung eher als Erklärungsfaktor.

Ziel der Tagung

Zweck der voranstehenden Skizze war es, den thematischen Rahmen zu umreißen, in dem Beiträge zur Tagung willkommen sind. Die Tagung hat zum Ziel, zu diesen Themen und Fragestellungen soziologisch ausgerichtete theoretische und empirische Analysen und darauf aufbauende Positionen zu diskutieren.

Dabei kann es, erstens, darum gehen, den erziehungswissenschaftlichen Ansatz der Educational Governance als solchen in soziologischer Perspektive einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Es geht dann um Fragen wie:

- Inwieweit sind die zugrunde liegenden Annahmen bezüglich einer Handlungskoordination im Mehrebenensystem plausibel?
- Wie verhält es sich mit der Eindeutigkeit und Trennschärfe der Kategorien unter bestimmten Bedingungen, namentlich in Interaktionszusammenhängen (z.B. Kommunikation von Beobachtungen als Instrument der Beeinflussung)?

- Wie sind Beschreibungen konkreter Handlungskoordination im Hier und Jetzt mit den historisch entstandenen institutionellen Bedingungen verknüpft, in welche die jeweils untersuchte Situation eingebettet ist?
- Inwieweit sind Begrifflichkeit und Annahmen des erziehungswissenschaftlichen Educational Governance-Ansatzes mit gegenwärtig dominanten Steuerungsdiskursen in Politik, Wirtschaft und Bildungssystemen verschränkt; oder anders: wie steht es mit dem möglicherweise affirmativen Charakter des Ansatzes?

Weiterhin könnte, zweitens, aufgezeigt werden, welchen Beitrag soziologische Begriffe, Modelle und Theorien zur Beschreibung und Erklärung von Governance im Bildungssystem wie auch zur Analyse und Kritik vorherrschender Steuerungsdiskurse leisten können:

- Welches sind die Verkürzungen, Fehlschlüsse, unerfüllten Versprechen sowie nicht-intendierten (aber möglicherweise problematischen) Folgen der heute vorherrschenden Steuerungsmodelle, wie sie von den Verwaltungs-, Management- und Betriebswissenschaften propagiert werden; welches sind im Besonderen die Voraussetzungen und Folgen ihrer Übertragung in Bildungsorganisationen und Bildungssysteme?
- Wie lassen sich Entstehung und Wandel von Governance-Regimes, deren Wandel (ongoing change) beziehungsweise deren Beharrungsvermögen erklären?
- Wie, wenn überhaupt, lässt sich 'erfolgreiche' oder 'gelingende' Governance begrifflich fassen?
- Wie lassen sich Governance von Reformen und Transformationen (guided change) im Bildungswesen, nicht zuletzt in Bezug auf gegebene Governance-Regimes, adäquat unter Berücksichtigung historischer Inputs und exogener (Umweltanforderungen) beziehungsweise endogener (kultureller) Faktoren beschreiben und verstehen.

Sodann interessieren, drittens, Aspekte der Steuerung der Bildungslaufbahn durch individuelle Akteure, insbesondere:

- Welche Möglichkeiten, aber auch welche Behinderungen bieten ihnen die heute bestehenden Bildungseinrichtungen?
- Inwieweit beeinflussen beziehungsweise behindern Bedingungen außerhalb des Bildungsfeldes (beispielsweise Unternehmen) den Spielraum der individuellen Akteure?
- Wie wirken die Entscheidungen und Ansprüche der Individuen in Bezug auf die Gestaltung ihrer Bildungslaufbahn auf die Institution und Governancebemühungen selber zurück? (z.B. administrative Quoten von Lernenden; Kampagnen für die Berufsbildung; Konkurrenz um Studierende)

Viertens schließlich können Fragestellungen thematisiert werden, welche den Zusammenhang von Bildung und Steuerung im gesellschaftlichen Makrozusammenhang betreffen – so zum Beispiel:

- Inwiefern und vermittelt welcher Mechanismen beeinflusst die Politik transnationaler Akteure (z.B. OECD) Governance auf nationaler und lokaler Ebene?
- Inwiefern beeinflussen dabei die Institutionalisierungsformen verschiedener Ebenen des Bildungssystems (z.B. Allgemeinbildung / Berufsbildung; Hochschulwesen) das Ergebnis (z.B. Reproduktion und Legitimation sozialer Ungleichheit)?
- Über welche Mechanismen und Strategien setzen sich gesellschaftliche Machtverhältnisse in Bildungsverhältnisse über?

Thematische Organisation der Beiträge

Es sind Beiträge willkommen, welche die nachstehend aufgeführten Bildungsbereiche (inklusive Kindergarten, Gymnasium, Übergangsausbildungen etc.) fokussieren, oder die transversale, die einzelnen Bereiche übergreifende Themen und Fragestellungen bearbeiten. Die Beitragsvorschläge können sich auf einzelne Nationalstaaten (bzw. Bundesländer, Kantone) oder darüber hinaus angelegte, international-vergleichende Analysen beziehen. Sie sollen sich theoretisch-konzeptionell oder theoretisch-empirisch (qualitativ und/oder quantitativ) mit den skizzierten Fragen auseinandersetzen.

A Governance der Schule

In einem sehr allgemeinen Verständnis des Begriffs verweist ‚Schule‘ einfach auf eine bestimmte Form der Organisation von Lehren und Lernen. Betrachtet man jedoch die Entwicklung dieser Form über längere historische Zeiträume hinweg und berücksichtigt man ausserdem den je eigenen nationalen Rahmen, in dem sie verlaufen ist, so wird zum einen die enorme weltweite Ausbreitung erkennbar, welche diese Organisationsform und die damit verbundene Praxis erfahren hat. Zum andern wird aber auch deutlich, dass deren historisch-konkreten Institutionalisierungsformen über Bildungsstufen und Länder hinweg erheblich variieren.

Was sich in diesem Sinne von der ‚Schule‘ sagen lässt, gilt ebenso für die Governance dieses Organisationstyps und seiner Entwicklung. Die Formen der Kontrolle und Steuerung der Schulen wie auch die Grundlagen der Legitimation der in ihnen stattfindenden Bildungsprozesse unterscheiden sich ebenso, mindestens graduell, im Vergleich der Länder und Stufen. Allerdings deuten jüngere Entwicklung darauf hin, dass sich die wohletablierten Governance-Regimes zunehmend mit ‚rationalisierten‘, an Kompetenzen und nachweisbaren ‚Leistungen‘ orientierten und ein Stück weit auch standardisierten Formen der Governance ‚reiben‘.

Vor diesem Hintergrund laden die Veranstalter dazu ein, Beiträge einzusenden, die sich mit Governance auf unterschiedlichen Bildungsstufen von Vorschule bis Sekundarstufe II (Kindergarten, Primarschule, Sekundarschule, Gymnasium, berufsbildende Schulen, ...) befassen und dabei deren je besonderen institutionellen Rahmenbedingungen in Rechnung stellen. Höchst willkommen sind namentlich auch Beiträge, welche die Reibungsflächen und Bruchstellen zwischen dem historisch gewachsenen Selbstverständnis der jeweiligen Bildungsinstitution und den darauf bezogenen etablierten Formen der Governance einerseits und den heute immer häufiger zu beobachtenden ‚rationalisierten‘ Organisationsweisen und -praktiken andererseits thematisieren.

B Governance der (dualen) Berufsbildung

Die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Akteuren ist die Besonderheit dualer Berufsbildungssysteme, die aus spezifischen historischen Kräfteverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit gewachsen sind. Der Beitrag privater Akteure an das öffentliche Gut der Berufsbildung unterliegt dabei Kooperationsdilemmas, die durch regulative, normative und kulturell-kognitive institutionelle Arrangements überwunden werden können. Duale Berufsbildungssysteme unterscheiden sich auch in ihrer Wirkung auf die Reproduktion sozialer Ungleichheit, die Arbeitsmarktinklusion und ihre Reaktion auf gesellschaftliche Trends von anderen Bildungssystemen. Beiträge sollen die Governance verschiedener Berufsbildungssysteme (dual und/oder schulisch organisiert) aus soziologischer Perspektive beleuchten.

Welche regulativen, kulturellen und normativen Institutionen liegen ihr zugrunde? Wie beeinflusst die zentrale Rolle privater Akteure soziale Selektions- und Reproduktionsprozesse in verschiedenen Berufsbildungssystemen? Wie verarbeiten Berufsbildungssysteme sozio-ökonomische und politische Trends?

C Governance der Hochschule

Sowohl in Österreich, Deutschland als auch in der Schweiz ist es in den letzten zwei Jahrzehnten zu einer Umstellung des Governanceregimes im Hochschulbereich gekommen – je nach Hochschultyp (Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen) zum Teil unterschiedlich ausgeprägt. Dies betrifft sowohl das Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen als auch die Verhältnisse der hochschulinternen Steuerung und Koordinierung. Verändert hat sich der Charakter der Außensteuerung der Hochschulen durch den Staat.

Steuerungsbefugnisse wurden zum Teil an andere Akteure abgegeben (z.B. Hochschulräte). Hinzu treten mehr und mehr externe Agenturen der Leistungsbewertung (z.B. Rankingagenturen). Verändert haben sich die Verhältnisse zwischen akademischer Selbstverwaltung und hierarchischer Selbststeuerung der Hochschulen. Der Wettbewerb zwischen den Hochschulen und innerhalb der Hochschulen hat zugenommen. Neue Instrumente der Steuerung, von Globalhaushalten über Zielvereinbarungen bis zur leistungsorientierten Verteilung finanzieller Mittel wurden implementiert. Hochschulen werden dadurch verstärkt als Unternehmen adressiert und sind einer Verwertungs- und Innovationslogik unterworfen. Nicht zuletzt prägen transnationale Erwartungen an Durchlässigkeit und Mobilität im Kontext von Bologna und Kopenhagen die Steuerungs- und Legitimationsprozesse an Hochschulen.

Willkommen sind Beiträge, die etwa die folgenden Fragen behandeln: Welche konkreten Konstellationen haben sich im Verhältnis der genannten Dimensionen des (neuen) Governanceregimes und mit Blick auf die beteiligten Akteure ausgeprägt? Welche Effekte auf den Leistungsebenen, also mit Blick auf Forschung und Lehre, gehen mit den Regimes bzw. mit dessen Elementen einher? Welche Rationalitätsvorstellungen kommen in ihnen zum Ausdruck? Wie verhalten sich diese zur Logik des professionellen Handelns in den Bereichen von Forschung und Lehre? Inwiefern steuern die Studierenden durch ihre Bildungswahlen mit?

D Governance der Erwachsenenbildung und des Lebenslangen Lernens

Die Erwachsenen- und Weiterbildung kann in Österreich, Deutschland und der Schweiz als staatsfern bezeichnet werden. Ihre historischen Entstehungsbedingungen sind mit der Etablierung von Demokratie und Zivilgesellschaft verbunden, weder einheitlich noch bürokratisch verwaltet. Die Erwachsenenbildung erfährt seit den späten 1990er Jahren einen bemerkenswerten Bedeutungsaufschwung: Im Zusammenhang mit der Individualisierung von Bildungsbiografien, dem Regime des Lebenslangen Lernens, der europäischen Bildungsprogrammatisierung und einer mit „Good-Governance“ benannten neoliberalen Hegemonie, werden allerdings in Aufklärung, Demokratisierung und Arbeiterbildungsbewegung verwurzelte Traditionslinien abgeblendet und Akteurinnen, Anbieter und Institutionen auf einem Weiterbildungsmarkt durch neue Steuerungsstrukturen 'freigesetzt'. Dabei soll unter einer Governance-Perspektive die Qualität dieses Teilbereichs des Bildungssystems in internationalen Vergleichen erhoben und über den konkurrenzorientierten Wettbewerb gefördert werden.

Welche Perspektiven auf die neuen Steuerungsformen eröffnen Ansätze der Educational Governance Forschung und welche alternativen Forschungszugänge sind denkbar, um die bürokratische Neuvermessung der Erwachsenen- und Weiterbildung über sich etablierende Verfahren der Qualitätssicherung und -testierung, Akkreditierung oder Zielvereinbarung kritisch in den Blick zu nehmen?

E Transversale Thematik

Der Beitrag behandelt Themen und Fragestellungen, welche die aufgeführten vier Bildungsbereiche übergreifen.

Formale Anforderungen

Exposé und Vortrag können in **deutscher oder englischer** Sprache sein, wobei die Sprache des Exposés auch Sprache des Vortrags ist.

Ausführliches Exposé (6000-9000 Zeichen; 2-3 Seiten) zu den aufgeführten oder verwandten Themenstellungen soll folgende Punkte enthalten:

- Namen und Institutionen der Beitragenden
- Zuordnung zur thematischen Organisation der Beiträge (A bis E)
- Titel
- Thema
- Zielsetzung und Fragestellung
- Forschungs-/Erkenntnisstand
- Theoretischer Rahmen
- Methodisches bzw. argumentatives Vorgehen
- Ergebnisse bzw. Schlussfolgerungen
- Zentrale Literatur

Ihr Vortragsangebot (in WORD und in PDF) schicken Sie per E-Mail

Deadline: 22. April 2017

E-Mail: governance-bildung.ph@fhnw.ch

Die Entscheidung über die Auswahl des Vortragsangebotes für das Tagungsprogramm wird bis zum 30. Juni 2017 getroffen und mitgeteilt werden.

Das **wissenschaftliche Komitee** freut sich auf Ihren Beitrag!

Prof. Dr. Christian Imdorf (Institut für Soziologie, Universität Bern)

Prof. Dr. Ulla Klingovsky (Professur für Erwachsenenbildung und Weiterbildung, Pädagogische Hochschule Nordwestschweiz und Institut Bildungswissenschaften, Universität Basel)

Prof. Dr. Regula Julia Leemann (Professur für Bildungssoziologie, Pädagogische Hochschule Nordwestschweiz und Institut Bildungswissenschaften, Universität Basel)

Prof. Dr. em. Moritz Rosenmund (Institut für Bildungswissenschaften, Universität Wien)

Prof. Dr. em. Michael Sertl (Pädagogische Hochschule Wien)

Prof. Dr. Manfred Stock (Institut für Soziologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

MA Alexandra Strebel (Leading House GOVPET, Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung, Schweiz)

Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen und Universität Wien Genderstudies)

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Prof. Dr. Regula Julia Leemann

regula.leemann@fhnw.ch

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.fhnw.ch/ph/governance-von-bildung